

Offener Brief aus der KPF Sachsen

Will DIE LINKE Bundeswehreinheiten im Ausland wirklich ein bisschen erhalten?

Eine kleine Meldung mit einer enormen politischen Sprengkraft:

Der frühere Linksfraktionschef Gregor Gysi ruft seine Partei zu Kompromissen auf, um eine »rot-rot-grüne« Koalition im Bund möglich zu machen. »Wir sollten SPD und Grünen ein klares Angebot machen«, sagte Gysi dem Redaktionsnetzwerk Deutschland am Sonntag. So könne man sich bereit zeigen, »nicht sofort alle Bundeswehr-Soldaten aus dem Ausland abzuziehen«.

Mit aller Entschiedenheit lehnen wir Kompromisse ab, die eine existentielle Bedrohung der Parteigrundsätze beinhalten.

Es ist widersinnig und parteipolitisch tödlich, wenn eine Machtbeteiligung der LINKEN um des Schleifens einer der Grundfesten der Partei, dem uneingeschränkten Bekenntnis zum ungeteilten Frieden, erreicht werden soll. Frieden gibt es nur ganz, oder gar nicht!

Wahlaussagen unserer Partei werden durch Gysi konterkariert. Die Verantwortung der europäischen LINKEN für eine neue und effektive Sicherheitspolitik ohne NATO und nationale Streitkräfte (insbesondere der Bundeswehr) wird durch Gysi (Präsident der Europäischen LINKEN) einem vermeintlich möglichen national fraglichen Bündnis(r²g) aufgegeben.

Mit vermeintlichen Sachargumenten, dass die LINKE nicht ad hoc aus Verträgen (NATO) oder bi- bzw. multilateralen Stationierungs- und Ausbildungsvereinbarungen für die Bundeswehr aussteigen könne, sollen wohl über diese Hintertür die friedenspolitischen Grundsätze der Partei DIE LINKE sukzessive ausgehebelt werden.

Will Gysi gerade mit der Aufweichung unseres Grundkonsens denen die Hand reichen, die u.a. für die Entfesselung des Krieges in Jugoslawien mit tausenden von toten Zivilisten Verantwortung tragen, heute ihre militaristische Tradition samt unseligem Balkenkreuz in aller Herren Länder präsentieren und die Bundeswehr jetzt schon wieder ins Baltikum schicken - genau denen, die wider besseren Wissens einer Zuspitzung der Konfrontation mit Russland das Wort reden?

Nicht mit uns! Es gelten das Parteiprogramm und die Beschlüsse des jüngsten Parteitag - für alle Mitglieder der Partei DIE LINKE, auch für die Bundestagsabgeordneten, die ihr Mandat schließlich über die Partei erhalten haben, und das gilt bei allem Respekt und aller Anerkennung der Gewissensfreiheit eines Mandatsträgers.

Im Angesicht der Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki im August 1945 und der jüngeren Kriege in Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen... sollten wir alles, aber auch alles für den Erhalt des Friedens tun und keine faulen Kompromisse im Vorfeld der Bundestagswahl suchen.

Wir sind uns sicher, dass die Infragestellung von zentralen Wahlversprechungen und dem aufweichen von Parteitagbeschlüssen nicht nur dem Willen der Mitglieder der Partei DIE LINKE zuwider sind, sondern auch ihre Sympathisantinnen und Sympathisanten sowie potentiellen Wählerinnen und Wählern in deren Wahlverhalten negativ beeinflussen.

Wir erwarten von den Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl 2017 sowie Amts- und Funktionsträgern der Partei DIE LINKE, dass sie sich, wo auch immer, konsequent und ohne Abstriche im Sinne des Parteiprogramms und des Wahlprogramms öffentlich äußern und auch danach handeln!

Landessprecher- und Landeskoordinierungsrat der KPF Sachsen
Chemnitz, 10. August 2017